

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

23.01.2010


AKW-Laufzeitverlängerung: Dreistigkeit der Wirtschaft in ihrer Beeinflussung von Politik ist bald nicht mehr zu überbieten SPD: Rekommunalisierung von Stromnetzen und lokale Energieerzeugung als Antwort auf Atomkurs der Energiekonzerne

"Die Dreistigkeit, mit der die Konzerne die Politik in Deutschland gestalten, ist bald nicht mehr zu überbieten. Ein Meeting im Kanzleramt – schon ist die Laufzeit maroder Atomkraftwerke verlängert. Eine Millionenspende an FDP und CSU – schon ist die Mehrwertsteuer für Hotel- und Gaststättenbetriebe gesenkt. Die neue Regierung zeigt nach nicht mal vier Monaten, wer unter schwarz-gelb in Wahrheit das Sagen hat." Mit diesen Worten äußerte sich Steffen Rink, Vorsitzender der Marburger SPD, zu aktuellen Meldungen aus Berlin. "Dass die neue Regierung den Atomausstieg rückgängig machen will, war lange klar. Man muss aber erstaunt sein, wie direkt die Wünsche der Energiekonzerne umgesetzt werden. Das ist die Lehre dieses Wochenendes", so Rink.

"Die Strategie ist doch eindeutig: Erst mal das gesetzlich festgelegte Abschalten der alten Meiler verhindern, um dann die generelle Laufzeitverlängerung aller Atomreaktoren durchzusetzen." Die Lippenbekenntnisse von CDU, CSU und FDP, dass jedes Kraftwerk im einzelnen geprüft werden müsse, seien genauso unglaublich wie die Erwartung, dass die nunmehr nochmals steigenden Gewinne der Energiekonzerne zum Teil in die Staatskasse umgeleitet werden könnten. "Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, wenn man sie denn überhaupt erreichen konnte, haben in den seltensten Fällen gehalten, was sie versprochen haben."

Zugleich macht der Marburger SPD-Vorsitzende auf die kommunale Bedeutung aufmerksam. "Die Mindereinnahmen der mit Parteispenden an FDP und CSU beförderten gesenkten Mehrwertsteuer wirken sich auch auf den Marburger Haushalt aus, denn auch die Kommunen bekommen einen Teil dieser Steuereinnahmen."

Vor allem aber treibt den SPD-Vorsitzenden die Machtstellung der Energiewirtschaft um: "Wenn jemand noch nach Argumenten zur Rekommunalisierung von Energieerzeugung und Stromnetzen gefragt hat: An diesem Wochenende hat er die Antwort bekommen. Ich halte es für moralisch nicht vertretbar, wenn die Konzerne wie e.on & Co. ihre Angebote an Städte und Gemeinden auch damit finanzieren, dass sie den Atomausstieg hintertreiben und in dieser aussterbenden wie bedrohlichen Technologie Zusatzgewinne erzielen. Und nebenbei bemerkt: Die Entsorgungskosten des strahlenden Mülls soll natürlich der Steuerzahler tragen: Siehe den Salzstock Asse, wo Wasser in das Atomüll-Lager eindringt." Deshalb, so Rink, müsse die Antwort auf die Atompolitik von Konzernen und Regierung sein: "Den Konzernen die Stromnetze – ein Drittel des Strompreises für den Endverbraucher! – wegnehmen, saubere, regenerative Energien fördern und die Gewinne vor Ort in der Region belassen."



Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

